



PRESSEINFORMATION

Mainz, 15. März 2023

**Es gilt das gesprochene Wort.**

**Grußwort von Landtagspräsident Hendrik Hering  
anlässlich des Empfangs des ukrainischen Botschafters Oleksii Makejew**

**Mittwoch, 15. März 2023,  
14 Uhr im Plenarsaal des Landtags Rheinland-Pfalz**

Der Schock über den russischen Angriff auf die Ukraine sitzt auch ein Jahr nach Kriegsbeginn bei uns allen tief.

Damals, als uns die ersten schrecklichen Bilder aus der Ukraine erreichten, wollten wir vor allem eines: die große Not zumindest ein wenig lindern.

Der Landtag von Rheinland-Pfalz unterstützte daher spontan die Renovierung eines Waisenhauses in der Westukraine – wohl wissend, was dieser Krieg vor allem für die Kleinsten bedeuten musste.

Jeden Tag – meine Damen und Herren – werden in der Ukraine Kinder zu Waisen.

Jeden Tag werden Familien zerstört.

Jeden Tag verlieren Frauen ihre Männer und Menschen ihre Heimat.

Auch in diesem Moment und während wir hier versammelt sind.

Die Menschen in der Ukraine haben in den vergangenen Monaten Unfassbares durchgemacht: Vertreibung, Flucht, Bombardierung, Beschuss, Angst und Hunger. Und dazu: die ständige Sorge um ihre Angehörigen oder gar den Verlust geliebter Menschen.

Umso mehr danke ich Ihnen, Exzellenz, dass Sie heute zu uns gekommen sind.

Es ist mir eine Ehre, Sie im Mainzer Landtag begrüßen zu dürfen. Und es ist mir – und dem gesamten Haus – ein tiefes Bedürfnis, Ihnen als Repräsentanten der Ukraine die Verbundenheit der Rheinland-Pfälzer und Rheinland-Pfälerinnen auszudrücken.

Seien Sie, verehrter Herr Botschafter, versichert: Der Landtag, die Landesregierung und die Bürgerinnen und Bürger – wir alle stehen fest an der Seite Ihrer Landsleute.



Wir nehmen Anteil am Leid der Ukrainerinnen und Ukrainer. Wir unterstützen und helfen ihnen nach Kräften. Und wir lernen von ihnen, was Mut ist.

Die Menschen in der Ukraine wissen, wie wichtig Freiheit ist.

Ihr Kampf für die Freiheit setzt ungeahnte Kräfte frei und einen Mut, den auch wir brauchen. Denn auch unsere Freiheit ist von Russland bedroht.

Bedroht ist all das, was wir uns in der Europäischen Union an Demokratie und Rechtsstaatlichkeit aufgebaut haben – unser gemeinsames Wertefundament.

Diese Werte aber können sich weder selbst vertreten noch können sie sich selbst schützen. Und auch die demokratischen Institutionen – die Säulen unserer Demokratie – können sich nicht selbst verteidigen. Dafür brauchen sie eine wachsame, engagierte und nicht zuletzt eine mutige Bürgerschaft.

Dieser Krieg, er ist eben auch ein Ringen der Systeme; ein Ringen zwischen Demokratie und Autokratie, zwischen der Herrschaft des Rechts und dem Recht des Stärkeren.

Für unsere freiheitliche Welt bedeutet das mehr, als wir uns vielleicht vorstellen können.

Es ist leider eine Tatsache, dass weltweit immer mehr Demokratien unter Druck geraten.

Dass sie sogar auf dem Rückzug sind – und zwar weniger durch Gewalt von außen, als durch Populisten im Inneren.

Diese nutzen die demokratischen Strukturen, um sie dann für den eigenen Machterhalt zu missbrauchen – mit gravierenden Auswirkungen für die Rechtssicherheit und die Selbstbestimmung der Bürgerinnen und Bürger.

Ihr Recht auf Vielfalt, auf freie Meinungsäußerung und individuelle Freiheit – all das ist dann in akuter Gefahr.

Heute schon können wir bald täglich verfolgen, wie in Autokratien kritische Stimmen systematisch zum Schweigen gebracht werden; wie Oppositionelle, Aktivisten und Journalisten verfolgt, verhaftet oder gar ermordet werden. Wie die Bevölkerung belogen und eingeschüchtert wird.

Ich sage das so drastisch, um zu verdeutlichen, was für uns Demokratinnen und Demokraten auf dem Spiel steht.

Ich sage es, weil es im Angesicht von Terror und Gefahr leider nicht darum geht, was wir uns wünschen – wir alle wünschen uns nichts sehnlicher als Frieden –, sondern darum, mit Entschlossenheit das Notwendige zu tun.

Das bedeutet konkret: Wir müssen und wir werden Kiew weiterhin und so lange wie notwendig militärisch, wirtschaftlich und humanitär unterstützen.



Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich noch einmal betonen, dass sich kein anderes europäisches Land in so hohem Maße für die Ukraine engagiert wie Deutschland.

Ich möchte ebenso betonen, dass wir Unterstützung selbstverständlich auch auf diplomatischem Wege leisten.

Die Bundesregierung sucht und fördert zurecht Gespräche auf allen Ebenen und wird das auch weiterhin tun.

Aber – wir werden uns nicht von Putin erpressen lassen. Wir werden uns dem Kriegstreiber nicht unterwerfen.

Deutschland ist Teil einer starken Europäischen Union, die sich geeinter denn je allen Drohungen und Attacken widersetzt.

Wir stehen fest an der Seite unserer NATO-Partner.

Und nicht zuletzt wissen wir in Deutschland auch um unsere eigene Stärke und um unsere eigenen Fähigkeiten.

Es ist wichtig, dass wir uns das immer wieder in Erinnerung rufen – gerade in Zeiten, die einem durchaus Angst machen können.

Aber sie dürfen uns nicht vor Angst erstarren lassen.

Jeder von uns kann mit Mut und Entschlossenheit vorangehen – und viele von Ihnen tun es bereits jeden Tag:

- indem Sie sich für geflüchtete Menschen einsetzen,
- Ihr Haus für sie öffnen, ihnen im Alltag helfen oder sie unterrichten;
- indem sie Partnerschaften zwischen unseren Ländern aufbauen,
- psychologische oder medizinische Hilfe leisten,
- Geld spenden
- oder warme Kleidung.

Über eine Million Ukrainerinnen und Ukrainer haben mittlerweile in Deutschland Zuflucht gefunden, allein in Rheinland-Pfalz sind es rund 45.000.

Das wäre undenkbar ohne die tätige Unterstützung der Zivilgesellschaft und ohne die bereits bestehenden kommunalen Partnerschaften zwischen Rheinland-Pfalz und der Ukraine. Die Ministerpräsidentin wird darauf gleich noch ausführlicher zu sprechen kommen.

Für dieses großartige Engagement möchte ich mich im Namen des Landtags von Rheinland-Pfalz bei meinen Mitbürgerinnen und Mitbürgern herzlich bedanken. Was Sie leisten, meine Damen und Herren, ist in diesen Zeiten gar nicht hoch genug zu schätzen.



Doch trotz dieser beeindruckenden Hilfsbereitschaft müssen wir uns auch selbstkritisch die Frage stellen, welche Mitschuld wir an der Tragödie in der Ukraine tragen.

Ich denke, wir alle kennen die Antwort.

Spätestens seit der Krim-Annexion konnten wir sehen und wissen, welche aggressive Richtung Russland einschlägt. Und dennoch wollten wir auf die finanziellen und wirtschaftlichen Vorteile aus den deutsch-russischen Beziehungen nicht verzichten.

Wir wurden vielfach gewarnt, aber wir haben alle Warnungen wissentlich in den Wind geschlagen.

Aber: Deutschland hat aus seinen Fehlern gelernt – und zwar dauerhaft.

Es sendet im Verbund mit seinen Partnerländern in der EU unmissverständliche Signale in Richtung Russland.

Es unterstützt die Ukraine mit allen gebotenen Mitteln.

Es ist ein verlässlicher Partner der NATO.

Und – auch das ist wichtig – es wird selbst eigenständiger und unabhängiger.

Noch mag sich Putins imperialer Eroberungskrieg auf sein unmittelbares Nachbarland beschränken. Es gibt allerdings schon jetzt deutliche Hinweise darauf, dass Russland längst auch die Republik Moldau im Visier hat.

De facto bedroht Putin längst uns alle.

Putin will das Rad der Zeit zurückdrehen – koste es, was es wolle: auf militärischem Wege ebenso wie durch Desinformation, Propaganda und Cyberattacken.

Schon jetzt bekommen wir diese Art moderner Kriegsführung auch in Deutschland zu spüren.

Das alles zeigt uns sehr deutlich, dass kein Friedensappell, keine Zugeständnisse und kein Wohlverhalten an seinem Rachefeldzug etwas ändern werden. Zumindest nicht zum jetzigen Zeitpunkt.

Putin ist kein verlässlicher Verhandlungspartner, sondern ein Kriegstreiber, der sich über geltendes Völkerrecht bedenken- und gnadenlos hinwegsetzt.

Ernsthafte Verhandlungen werden daher nur aus einem Zustand der Stärke heraus möglich sein.

Das ist die bittere Wahrheit, der wir uns gleichwohl stellen müssen.

Seine krasse Verachtung von Demokratie und Selbstbestimmung treibt mich als Landtagspräsident dabei auch persönlich um. Keinem und keiner Abgeordneten kann das gleichgültig sein.



Auch aus diesem Grund haben wir vor einem Jahr, gleich als der Krieg begann, die ukrainische Flagge hier am Landtag gehisst – als sichtbares Zeichen unserer Solidarität mit der Ukraine, aber auch als Zeichen für die demokratisch-freiheitlichen Werte, die unser Land bestimmen.

Aus diesem Grund ist es uns ebenso wichtig, mit der Ukraine und ihren Menschen in engem Kontakt zu bleiben. Und ich erinnere hier nur an mein Gespräch mit Herrn Generalkonsul Kostjuk nur wenige Tage nach Kriegsbeginn.

Aber ich möchte als Landtagspräsident noch ein weiteres betonen:

Unsere Solidarität mit der Ukraine – und dazu zähle ich neben den Waffenlieferungen und der Aufnahme von Flüchtlingen auch den notwendigen Wiederaufbau des Landes – diese Solidarität wird einen langen Atem brauchen.

Wir sprechen hier nicht von Wochen oder Monaten, sondern vermutlich von Jahren und Jahrzehnten. Der Wiederaufbau der Ukraine ist eine Generationenaufgabe.

Aber: Diese Solidarität ist eben nicht nur eine Solidarität **von** Europäern **für** Europäer.

Sie ist auch ein Zeichen für die Stärke unserer Demokratie – für die von **freien** Menschen **frei** gewählte Gesellschafts- und Lebensform.

Denn was wäre die Alternative? Ein autokratisches System wie in Russland, das in Wahrheit längst die Züge einer Diktatur angenommen hat?

Wer wollte allen Ernstes seine persönliche Freiheit und seine Entfaltungsmöglichkeiten gegen dieses Joch aufgeben?

Es gibt kein „Weiter so“ im Angesicht der Tyrannei – nicht für die Ukraine, aber eben auch nicht für uns hier in Rheinland-Pfalz und in Deutschland.

Stellen wir uns daher der Herausforderung. Helfen wir der Ukraine, sich zu verteidigen. Und lernen wir von der Tapferkeit und dem Mut dieser Menschen.

Unser aller Traum, keinen Krieg mehr in Europa erleben zu müssen – dieser Traum hat sich für unsere Generation **nicht** erfüllt.

Umso wichtiger aber ist es, ihn für unsere Kinder und Enkelkinder wahrzumachen.

Dafür braucht es eine starke europäische Staatengemeinschaft – zu der auch die Ukraine bald gehören muss –, und zwar eine so starke, dass keiner mehr einen Krieg in oder gegen Europa wagt.

Verehrter Herr Botschafter,

für dieses Europa kämpfen Ihre Landsleute.

Sie kämpfen für ein freies Leben in einem freien Land.

Und wir alle stehen Seite an Seite mit ihnen.